



Deutscher Reichstag Lärmigung

Berlin, 11. Dezember.

Zum Entwurf der Strafrechtsreform sagt Abg. Löwenthal (Komm.), die deutsche Gegenwart, in der der Faschismus sich über den Volkswillen hinwegsetze, sei für jede Strafrechtsreform ungeeignet. (Zurufe der Nat.-Soz.: „Unverschämter Judenjunge! Was geht den Juden das deutsche Recht an!“) Präsi. Löbe: Wenn die Störungen nicht aufhören, werde ich mit Ausweisungen vorgehen.

Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.): Der „Proletarier“ Löwenthal hat die echt jüdische Frechheit besessen — (Ordnungsruf) Redner wiederholt den Satz. Zweiter Ordnungsruf. Präsi. Löbe macht den Redner auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufs (Ausweisung) aufmerksam. Die Kommunisten erregen durch das bekannte „Rhabarber“-Gemurmel künstliche Unruhen. Präsi. Löbe droht ihnen schließlich mit Ausweisung. Abg. Frank: Die Nationalsozialisten werden sich an dieser Arbeit Rahls nicht beteiligen. Dem deutschen Empfinden widerspreche es, wenn nach dem Entwurf der Weiskampfer und die Mensur verboten, das barbarische Schächten aber erlaubt sei. (Neues Gemurmel.)

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, während die meisten Nat.-Soz. den Saal verlassen, er stimme dem Antrag Rahl, den Strafrechtsentwurf des alten Ausschusses dem neuen Reichstag zu überweisen, zu. Im neuen Strafrechtbuch müßten aber Zuchthaus und Todesstrafe verschwinden. (Großer Lärm. Ordnungsrufe.)

Abg. Karpenstein (NSDAP): Dieses Parlament sei gar nicht imstande, ein wirkliches deutsches Recht zu schaffen. Das deutsche Recht müsse die Keuschheit deutscher Frauen und Keiber schützen. Dafür sei kein Verständnis vorhanden in den Parteien, in denen die Intelligenzbestien und Gewerkschaftsbosonen sitzen. Die Verlogenheit in dieser Frage auch bei den Mittelparteien widert uns an. (Lärm.)

Der Antrag Rahl wird darauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten dem Strafrechtsausschuß überwiesen.

Bei der folgenden Aussprache über das Pensions- und Altersgesetz, dem der Abg. Reinhold (Staatsp.) zustimmt, kommt es bei Angriffen des Abg. Böcker (Soz.) gegen Dr. Frick zu neuem, großem Lärm. Die Vorlage wird schließlich dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Von den Deutschnationalen wird die Beratung von Anträgen gegen das Republikstuhlgeseß beantragt. Der Antrag wird mit 239 gegen 188 Stimmen abgelehnt.

Weitere Anträge der Rechten, so die Mißtrauensanträge, die außenpolitische Aussprache, die Beratung schulpolitischer Anträge, die Streichung der Polizeikostenzuschüsse an Preußen auf Donnerstag festzusetzen, werden unter Pfulrufen der Rechten abgelehnt.

Abgelehnt wird auch der Antrag Dr. Böhring (Dnat.), den deutschnationalen Antrag auf Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ zu beraten. Gegen diesen Antrag stimmt die ganze Deutsche Volkspartei mit Ausnahme des Abg. Generaloberst v. Seckert.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Anträge zum Ladenschluß am Heiligen Abend.

Schiele enttäuscht?

Berlin, 11. Dez. Den letzten Kabinettsberatungen, die teilweise bis tief in die Nacht hinein dauerten, kommt größere Bedeutung zu, als gemeinhin bekannt geworden ist. Es handelt sich um Wünsche des Reichs Ernährungsministers Schiele, die sich in der Hauptsache auf besseren Zollsatz für Butter, Käse, Mehl, gewisse Futtermittel wie Getreide, Kasein usw. beziehen, also um die Beredlungs-erzeugnisse. Reichskanzler Brüning soll anfänglich bereit gewesen sein, gemäß der Forderung Schieles diese zollpolitische Regelung in die Notverordnung vom 1. Dezember aufzunehmen, der Vorschlag drang aber bei der Mehrheit der Kabinettsmitglieder nicht durch, worauf auch der Reichskanzler seine Zusage zurückzog. Schiele versuchte nun seine Forderungen in der Weise durchzusetzen, daß er vorschlug, die Regierung solle sich vom Reichstag durch Gesetz die Ermächtigung geben lassen, die Zollmaßnahmen durchzuführen. Auch dieser Vorschlag wurde gefehert von der Kabinettsmehrheit abgelehnt. Von der Einführung eines Verwendungszolls inländischer Erzeugnisse und eines Südfischmonopols scheint Schiele wieder abgekommen zu sein, da auch diese Vorschläge, so nützlich sie sich auch in Bezug auf die deutsche Zahlungsbilanz auswirken könnten, erst recht keine Aussicht auf Annahme im Reichskabinet hatten.

Somit bleiben nur noch zwei Wege offen. Entweder macht die Regierung eine Zollvorlage, die über den Reichsrat an den Reichstag geht, oder werden im Reichstag selbst sogenannte Initiativanträge von Fraktionen eingebracht.

Tagespiegel

Vor der Verkehrskammer des Arbeitsgerichts in Berlin findet die Verhandlung in der Klage statt, die 145 abgebaute Nationalsozialisten gegen die Berliner Verkehrsgeellschaft, die den U-Bahn-, Autobus- und Straßenbahnverkehr umfäßt, angestrengt haben. Die Klage selbst stützt sich darauf, daß bei den Entlassungen bei der BVG. politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen seien. Man habe nur diejenigen Angestellten auf die Strafe gesetzt, die nicht den freien Gewerkschaften angehörten. Die Kläger fordern Wiedereinstellung aller Entlassenen, Beseitigung des Direktors Brolat und zweier sozialdemokratischer Betriebsratsvorsitzender, sowie eine Schadenersatzsumme von 368 400 Mark.

Die vereinigte schweizerische Bundesversammlung hat mit 158 von 160 gültigen Stimmen den bisherigen Vizepräsidenten, Bundesrat Häberlin, zum Bundespräsidenten für 1931 gewählt. 26 Zettel waren unbeschrieben, 7 ungültig. Zum Vizepräsidenten des Bundesrats wurde mit 162 von 181 gültigen Stimmen Bundesrat Motta gewählt. 26 Zettel waren wieder unbeschrieben, 8 ungültig.

Der erstere Weg erweist bei der Einsetzung der Kabinettsmehrheit und des Reichsrats nicht sehr aussichtsvoll zu sein. Im Reichskabinet soll sogar von einer Seite ausgesprochen worden sein, für die Landwirtschaft sei nun genug geschehen, und ihre Lage habe sich z. T. sensichtlich gebessert. Andererseits kann, wie gesagt, der Reichs Ernährungsminister versuchen, Fraktionen des Reichstags zu veranlassen, seine Vorlage in Form von Initiativanträgen einzubringen. Die Mitglieder der Grünen Front und die Landvolk-Fraktion wären hierzu zweifellos bereit. Wie die Deutschnationalen sich stellen würden, ist nicht sicher. Die deutschnationale Fraktion stellte sich von Anfang an auf den Standpunkt, daß das Agrarprogramm Schieles eine Halbheit sei, das ohne fähigere praktische Besserung verpuffen müsse, wenn nicht das ganze System geändert werde. In der Zentrumsfraktion setzte sich der frühere Reichs Ernährungsminister Dr. Hermes für Schieles Wünsche ein, fand aber keinen Anklang. Auch die Deutsche Volkspartei verhält sich ablehnend. Schiele soll nun sehr enttäuscht sein.

Die Führung des Widerstandes gegen die Pläne Schieles, gegen die sich nun auch die Wirtschaftspartei erklärt hat, haben das Wirtschaftsministerium und Reichsarbeitsminister Stegerwald übernommen. Minister Schiele hat jedoch die Hoffnung noch nicht aufgegeben; er glaubt wenigstens, zu Beginn des nächsten Jahrs seine Wünsche im Kabinet durchsetzen zu können. Der Reichskanzler hat aber bereits erklärt, daß für weitere Zoll-erhöhungen keine Notverordnung mehr zu haben sei. In der Vollversammlung des Reichstags vollends, wo nicht nur die Linke, sondern nunmehr alle Mittelparteien gegen die Pläne Schieles sind, ist für diese keine Aussicht mehr vorhanden.

Neue Nachrichten

Die Filmprüfstelle

Berlin, 11. Dez. Die Oberprüfstelle, die heute über das Weiterspielen oder das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ zu entscheiden hat, ist nach Blättermeldungen wie folgt zusammengesetzt: Vorsitzender Ministerialrat Seeger vom Reichsinnenministerium, der in dieser Funktion richterliche Unabhängigkeit besitzt; Beisitzer werden sein Fräulein Reinhardt, eine Tochter des Generals Reinhardt, Paul Baeker, Hauptschriftleiter der „Deutschen Tageszeitung“, außerdem ein Vorführer aus der Filmindustrie und ein evangelischer Professor der Theologie. Der Oberprüfstelle gehört auch der soz. Reichstagsabgeordnete Heilmann an.

Das Handwerk gegen Preisbindungen

Berlin, 11. Dez. Die Spitzenverbände des Handwerks haben nach langen Verhandlungen mit dem preußischen Handelsministerium zur Unterstützung der Preisbindungsbestrebungen den Beschluß gefaßt, daß in Zukunft von der Festsetzung von Richtpreisen, wie sie im Handwerk bisher allgemein üblich waren, abgesehen wird. Die Verbängung von Ordnungsstrafen, die bisher bei Unterbietungen der Festsetzungen vorgesehen waren, soll unterbleiben, sofern es sich nicht um unlauteren Wettbewerb handelt. Weiter wird den Vereinigungen des Handwerks dringend empfohlen, daß alle Maßnahmen unterbleiben, die den Zwecken der Preisbindung widersprechen. Die Spitzenverbände weisen auf die bei den Handwerkskammern eingerichteten Gütestellen hin, an die sich das Publikum wenden kann, wenn Beschwerden über zu hohe Rechnungen des Handwerks zu erheben sind. Die Gütestellen haben die Aufgabe, für eine unparteiische Nachprüfung Sorge zu tragen.

Die Regierungsvertreter verlassen den Saal

Insterburg (Ostpr.), 11. Dez. In einer Versammlung des Landwirtschaftlichen Hauptvereins des Kreises Insterburg wurden die Reichs- und die preussische Regierung in einer Rede scharf angegriffen. Als der Regierungsvizepräsident Ellinghaus die Regierung verteidigte und dabei die Nationalsozialistische Partei angriff, die die Regierung als „hochverräterisch“ bezeichne, entstand unter den empörten Bauern eine solche Unruhe, daß Ellinghaus und die übrigen Regierungsbeamten den Saal verlassen mußten.

Heraufsetzung des Wahlalters in Bayern

München, 11. Dez. Der Verfassungsausschuß des Landtags nahm einen Antrag der Bayerischen Volkspartei an, der vorschlägt, das Wahlalter für den bayerischen Landtag von 20 auf 21 Jahre hinaufzusetzen. Gegen den Antrag stimmen die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten. Der Vertreter der Staatsregierung hatte in der Aussprache erklärt, daß das jetzige Wahlalter mit 20 Jahren eine Abnormität darstelle und endlich einmal beseitigt werden müsse.

Weitere Verhaftungen in Birmasens

Birmasens, 11. Dez. Im Zusammenhang mit den Waffen- und Munitionsfunden wurden drei weitere Arbeiter in ihren Wohnungen verhaftet, darunter der kommunistische dritte Bürgermeister Schreiber.

Schacht in Kopenhagen

Kopenhagen, 11. Dez. Auf Einladung sprach Dr. Schacht im Festsaal des Kopenhagener Studentenheims — ein Vortrag Adolf Hitlers war vor kurzem von der soz. Regierung verboten worden — über die deutsche Wirtschaft und das Ausland. Die Versammlung war von den Spitzen der Kopenhagener Gesellschaft besucht. Dr. Schacht erklärte den Inhalt und die Wirkung des Dawes- und des Youngplans. Deutschland sei zu unerhörter Produktion gezwungen, während es andererseits in seiner Ausfuhr gerade von den Staaten gehemmt werde, an die die Tribute entrichtet werden sollen. Deutschland mache eine Zeit schwerer Gefahren durch, und nur durch enge Zusammenarbeit aller Länder könne der großen Gefahr begegnet werden, von der nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt bedroht werde. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Auch Laval gibt auf

Paris, 11. Dez. Die Bemühungen des Senators Laval, der ein Kabinet „nicht ohne Tardieu“ bilden wollte, sind gescheitert. Man glaubt, daß Präsident Doumergue nunmehr sich an die Linke wenden werde. Allein die Linksparteien würden ein Kabinet „nicht ohne Briand“ verlangen. Doumergue ist aber bekanntlich sehr gegen Briand eingenommen.

Der Präsident hat den radikalen Senator Steeg ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen.

Der Remarque-Film verboten

Berlin, 11. Dez. Im Reichsinnenministerium begann heute vormittag 10 Uhr eine erneute Prüfung des Films „Im Westen nichts Neues“, der von dem Unternehmer Lämmle in New York nach einem Roman von Remarque hergestellt worden ist.

So sah sich die Reichsregierung veranlaßt, die Streitfrage der Oberprüfstelle, die aber nun eine andere Besetzung in den Beisitzerstellen erfuhr, erneut vorzulegen, obgleich der Reichsinnenminister keinen Anlaß für eine Veranstaltung zu haben glaubte.

Zunächst wurde nun der Oberprüfstelle der Bildstreifen vorgeführt. Dann wurden die Sachverständigen gehört; der Vertreter des Reichswehrministeriums erinnerte daran, daß das Reichswehrministerium von Anfang an gegen den Film gewesen sei. Die gegen Deutschland offen behenden Lügenfilme seien jetzt zwar verschwunden, dagegen werden neue Filme gemacht, die in perfidester und raffiniertester Weise alles Deutsche beschimpfen und lächerlich machen. Dazu gehöre vor allem der in Frage stehende Lämmle-Film. Die deutschen Soldaten werden z. B. mit ausgeprochenen Verbrechergesichtern dargestellt, so daß englische Kinder den Eindruck erhielten, daß der deutsche Soldat feig, brutal und grausam, der englische aber tapfer und brav sei.

Die Vertreter der Länder erklärten, es könne kein Zweifel bestehen, daß der Film das Ansehen Deutschlands aufs schwerste schädige und die Jugend in ihrem Nationalgefühl verderbe. Es sei durchaus ungerechtfertigt, einen solchen Film auch noch durch den Polizeiknäppel (Berlin) zu verteidigen.

Nach halbstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende das Urteil, daß der Film wegen Gefährdung des deutschen Ansehens verboten sei. Das Urteil sei weder von den Kundgebungen der Strafe, noch von der Drohung des Reichsvertreeters Lämmles, des Rechtsanwalts Dr. Frankfurter, daß die amerikanische Industrie bei einem Verbot sich evtl. aus Deutschland zurückziehen werde (!), beeinflusst.

Vor Verkündigung des Urteils erklärte der Vertreter der amerikanischen Universal-Film G. m. b. H., daß seine Gesellschaft den Film ohne Rücksicht auf das Urteil zurückziehe.

Damit kam die Lebensweisheit des berühmten Ulmer Kuhhirten wieder zu Ehren.

Württembergischer Landtag

Der Finanzminister über die Finanzpläne Landesgebührenordnung

Stuttgart, 11. Dezember.

Der Landtag trat gestern nachmittag 4 Uhr wieder zusammen und befaßte sich zunächst mit der zweiten Beratung des Entwurfs einer neuen Landesgebührenordnung.

Finanzminister Dr. Dehlinger: Der neue Gebührentarif muß dem jetzigen Geldstand angepaßt werden. Bei einer Anzahl ist eine Höherlegung notwendig. Die Gebühren sind eine Gegenleistung für den Aufwand an Zeit und Mühe, der von einzelnen auf ihre Veranlassung hin bei den Behörden verursacht wird. Da seit 1924 die Bezüge der Beamten der Erhöhung erfahren haben, hätte auch eine Erhöhung der Gebühren stattfinden müssen in ähnlichem Maß wie bei den Befoldungen, doch kann sie nicht in dem vollen Umfang erfolgen, weil jetzt bei den Beamtenbezügen ein sechsprozentige Herabsetzung beschlossen worden ist. Württemberg hat nicht die Kraft, von seinen Grenzen den wirtschaftlichen Niedergang abzuwehren. Der Haushaltplan für 1931/32 wird dem Landtag im Lauf des Januar 1931 zugehen. Für 1931 hat man mit Gesamteinnahmen von 133,6 Millionen Mark zu rechnen, d. h. gegen den Voranschlag von 1930 um 17,1 Millionen weniger. Die Ursachen des Rückgangs sind: An Reichssteuerüberweisungen sind 7 393 000 Mark weniger zu erwarten. Die Landessteuern sind feste Katastersteuern, bei denen mit festen Einnahmen gerechnet werden kann. Bei der Gewerbesteuer ist kein besonderer Rückschlag zu befürchten. Bei den Landeseinnahmen ist bei der Fortverwaltung ein außerordentlicher Rückschlag zu erwarten (Ausfall 1931 noch 62 Mill. Mark mehr als 1930). Die dritte Ursache des Rückgangs der Einnahmen ist der Wegfall der Zuschüsse aus der Restverwaltung. Die Ausgaben müssen sich richten nach den Einnahmen. Nach den Anmeldungen der einzelnen Ministerien berechnet sich der Gesamtaufwand auf 165,6 Mill. Mark. Bei den Verhandlungen wurden 7,2 Mill. abgestrichen, so daß die Ausgaben 158,3 Mill. Mark betragen werden. Es bliebe somit noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 24,7 Mill. Dieser würde durch die Beamtenbefoldungserhöhung u. a. noch weiter herabgesetzt werden können, so daß schließlich ein Fehlbetrag von 9 Mill. Mark bleiben würde. Eine Steuererhöhung ist nach der Notverordnung nicht mehr möglich, da die Hauptsteuern der Länder und Gemeinden nach dem 31. Dezember 1930 nicht mehr erhöht werden dürfen. Es bleibt kein anderer Ausweg übrig, als die Ausgaben weiter zu droffeln. Wenn man immer wieder sagt, daß 45 Mill. Restmittel vorhanden seien, so darf man nicht vergessen, daß darunter 16 Mill. Betriebskapital der Staatshauptkasse sind. Was den Vermögensstand der Restverwaltung am 31. März 1930 betrifft, so betrug er nach Abzug der obigen 16 Mill. Mark 27 180 000 Mark. Nach den verschiedenen weiteren Abzügen würde noch ein Restvermögen von 5 362 000 Mark für 1931 übrigbleiben. Aber auch diese Summe ist nicht mehr verfügbar, da sie notwendig ist zur Deckung des laufenden Staatshaushalts für 1930. Mit der Einschränkung der Sachausgaben kommt man nicht aus. Infolgedessen müssen von den Beamten noch weitere Opfer verlangt werden (über den Gehaltsabzug von 6 v. H. hinaus). Dabei wird u. a. an eine Herabsetzung der Umzugskosten gedacht werden müssen.

Abg. Winkler (Soz.) verlangt vom Finanzminister Unterlagen für seine heutigen Ausführungen. — Abgeordneter Stöckh (Soz.): Wir sind dem Finanzminister dankbar für die Aufklärungen über die Finanzlage. Dem Gesetzentwurf über die Gebührenerhöhung stimmen wir zu. — Abg. Schöf (Dem.) spricht dem Finanzminister seine Anerkennung aus, daß er es als seine Aufgabe betrachtet, das Land auf die schwierige Finanzlage hinzuweisen. Man müsse das Möglichste tun, die Ausgaben zu senken. Die demokratische Partei werde den Finanzminister in jeder Weise unterstützen in seinen Bemühungen, eine geordnete Finanzlage zu sichern. — Abg. Bock (Zit.): Die Darlegungen des Finanzministers haben wie eine kalte Dusche gewirkt. Dafür, daß der Finanzminister früher schon sich pessimistisch über die Finanzlage ausgesprochen hat, kann man ihm nur dankbar sein. Die Wirtschaft hat ein Anrecht darauf, daß Klarheit herrscht darüber, daß keine Steuererhöhung 1931 und 1932 kommt. — Abg. Bauer (K.P.) dankt dem Finanzminister für seine Darlegungen. Das

ganze Land habe ein Interesse an der Befundhaltung der Finanzwirtschaft des Landes. — Abg. Fischer (Komm.) kündigt Abänderungsanträge an.

Unter Ablehnung dieser Anträge werden sämtliche 52 Artikel der Gebührenordnung angenommen.

In der Sitzung am Mittwoch nahm der Landtag die Einzelberatung der Tarife der Landesgebührenordnung vor und stimmte dabei im großen und ganzen unter Ablehnung verschiedener Komm. und Soz. Abänderungsanträge den Ausschlußbeschlüssen zu. Eine Aussprache gab es insbesondere über die Gebühren für die Erlaubnis zur Feuerbestattung. Sozialdemokraten und Kommunisten beantragten die Streichung dieser Gebühr, ihre Anträge wurden indessen abgelehnt. Nach einem Soz. Antrag sollte weiterhin die Höchstgebühr für die Verleihung von Wassernutzungsrechten auf 5000 Mark herabgesetzt werden. Es blieb aber bei dem Ausschlußbeschlusse mit 10 000 Mark. Ein Soz. Antrag betr. Streichung der Gebühren für die Genehmigung von Gemeinderats- und Amtsverwaltungsbeschlüssen wurde gleichfalls abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Bauer (K.P.), die Gebühren bei Prüfungen zur Beförderung im Staats- und Kommunaldienst wie folgt festzusetzen: Bei den Beförderungsgruppen bis 8 b auf 20 Mt., 8 a bis 5 auf 50 Mt., 4 b und abwärts auf 80 Mt.

Dann wurde in die zweite Beratung eines dritten Abänderungsgesetzes zum Feldvereinigungs-gesetz eingetreten. An Artikel 1 knüpfte sich eine Aussprache, an der sich die Abg. Krenz (Z.), Rath (D.B.P.), Fausler (S.), Fischer (Komm.) und Bernward (S.P.) beteiligten. Letzterer bemerkte gegenüber dem komm. Redner, er verheie nicht, warum die Kommunisten so lange in dem dreifachen Deutschland herumlaufen, wenn es in Russland doch so schön sei. Auch die Einzelberatung gab noch zu kurzen Ausführungen verschiedener Abgeordneter Anlaß. Die einzelnen Artikel wurden nach den Ausschlußanträgen angenommen.

Nächste Sitzung Freitag nachmittag 3 Uhr.

Kürzung der Abgeordnetendiäten. Der Aeltestenrat des Landtags hat beschlossen, daß die fortlaufenden Bezüge der Abgeordneten gleichmäßig um 20 v. H. gekürzt und die Tagelöhner für Ausschusssitzungen auf 8 Mark und für solche Abgeordnete, die mehr als 20 Kilometer von Stuttgart entfernt wohnen, auf 12 Mark festgesetzt werden sollen. Für Beamten-Abgeordnete solle keine besondere Regelung getroffen werden, da sämtliche Beamtenabgeordnete des württ. Landtags auch ihren Berufsdienst versehen, also keine Stellvertretung haben. Die Neuregelung soll in einem Initiativ-antrag an den Landtag gebracht werden und am 1. Januar 1931 in Kraft treten.

Bezüglich der Aenderung des württ. Wahlgesetzes wünscht der Aeltestenrat, daß erst die Neugestaltung des Reichstagswahlrechts abgewartet werden solle. Der Wahlrechtsausschuss wird die Frage weiter behandeln.

Die Geschäftsfrage des Landtags. Der Landtag wird, um den vorliegenden Beratungsstoff noch vor Weihnachten abzuarbeiten, bis Samstag, den 20. Dezember, zusammenbleiben. Dann begeben sich die Abgeordneten in die Weihnachtsferien. Ende Januar 1931 wird des Plenum des Landtags zur Generaldebatte über den Etat 1931 wieder zusammenzutreten.

Württemberg

Stuttgart, 11. Dezember.

Reichsgründungsfeier. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die württ. Staatsregierung und die Stadtverwaltung Stuttgart werden aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung am Sonntag, den 18. Januar 1931, vormittags 11 Uhr, in der Stadthalle eine Feier veranstalten.

Der Ladenschluss am heiligen Abend. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat den Antrag der Wirtschaftspartei, den frühen Ladenschluss aufzuheben, abgelehnt und einen Antrag angenommen, wonach alle offenen Verkaufsstellen, auch wo keine Angestellten beschäftigt werden, am heiligen Abend um 5 Uhr zu schließen. Bis zu einer halben Stunde nach Ladenschluss dürfen noch bereits anwesende Käufer bedient und Aufräumungsarbeiten geleistet werden. Dieser Beschluß bedeutet, daß die in der bisherigen Regelung enthaltene Ausnahme für Lebens- und Genussmittelgeschäfte und für Geschäfte ohne Angestellte, die bis um 6 Uhr offen halten dürfen, beseitigt wird. Weiter beschloß der Ausschuss, daß alle Gaststätten am heiligen Abend, auch wenn sie keine Angestellten beschäftigen, um 7 Uhr schließen müssen, gleichfalls mit der Maßgabe, daß noch bis zu einer halben Stunde nach der Schließzeit bedient und aufgeräumt wer-

den darf. Die Landesbehörden können bestimmen, daß für die Beföstigung und Beherbergung Ortsfremder eine den Bedürfnissen entsprechende Regelung getroffen wird. Auch dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt.

Zum Gutachten des Reichs-sparkommissars. Der Württ. Industrie- und Handelstag und der Verband Württ. Industrieller veranstalteten am Dienstag einen Vortrag über „Die leitenden Reformgedanken in dem Gutachten des Reichs-sparkommissars über die Landesverwaltung Württembergs“. Als Redner war Oberregierungsrat Dr. Kaufmann gewonnen worden, der als Mitarbeiter des Reichs-sparkommissars bei der Ausarbeitung des Gutachtens in hervorragendem Maß beteiligt war. Unter den im Festsaal der Handelskammer Erschienenen bemerkte man Finanzminister Dr. Dehlinger, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, Landesfinanzamtspräsident Pfeiffer, sowie zahlreiche Vertreter der Behörden, Körperschaften und Organisationen. Der Vortragende setzte sich u. a. mit der scharfen Kritik auseinander, der nicht zuletzt die Schulabbaupläne des Gutachtens in der Öffentlichkeit begegnet sind. Der aus der Not um die Selbsterhaltung geborene Zwang zum Sparen könne auch vor den Schulen nicht haltmachen. Die an sich verständlichen Klagen der vom Abbau von Behörden und Anstalten unmittelbar betroffenen Gemeinden wies er mit der Feststellung zurück, daß es sich hier größtenteils nur um eine Verschiebung der Kaufkraft innerhalb der Gesamtwirtschaft handele und daß die unabwendbar notwendige Reform überhaupt niemals zustandekommen könne, wenn die maßgebenden Stellen davor zurückschrecken, Teilinteressen der Wirtschaft der Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft zu opfern. In seinem Schlusswort brachte der Präsident des Württ. Industrie- und Handelstags, Kommerzienrat Dr. Kaufmann, die Erwartung zum Ausdruck, daß auch der Landtag alsbald in Beratungen über die Vorschläge des Sparkommissars eintreten möge.

Sperre des Zugangs zum mittleren Verwaltungsdienst 1931. In den letzten Monaten hat sich in der Innenverwaltung trotz der schon seit Jahren bestehenden Beschränkung des Zugangs zum mittleren Verwaltungsdienst ein besonders starkes Lieberangebot an geprüften und ungeprüften Anwärtern dieses Dienstes gezeigt. Um diesem Mißstand, der in der Hauptsache aus der heutigen Finanzlage der Gemeinden hervorgeht, entgegenzuwirken, hat das Innenministerium auf Antrag der beteiligten Landesorganisationen den Zugang zum mittleren Verwaltungsdienst für das Jahr 1931 gesperrt und den Fachortsvorstehern und Verwaltungsaktuaren eröffnen lassen, daß für 1931 keine Anträge auf Zulassung von Verwaltungskandidaten gestellt werden können.

Die Sonntagskarten am Mittwoch nachmittag. Die Abgeordneten des Christlichen Volksdienstes haben folgende kleine Anfrage gestellt: Die Sonntagsrückfahrkarten der Reichsbahn, die auch zur Rückfahrt am Samstag nachmittag benutzt werden dürfen, sollen nach einer Verordnung der Reichsbahn auch zur Hin- und Rückfahrt am Mittwoch nachmittag von 12-24 Uhr Gültigkeit haben. Den Leuten, die solche Karten am Mittwoch zur Reise nach Stuttgart von auswärts verlangen, ist von der Reichsbahn eröffnet worden, daß diese Vergünstigung nur für die Einwohner der größeren Städte gelte, die nach auswärts reisen wollten, nicht aber für die Leute, die von auswärts eine größere Stadt besuchen wollen. Diese Verschiedenheit der Behandlung stellt sich als ungerechtfertigte Benachteiligung des flachen Landes gegenüber der Bevölkerung größerer Orte dar. Ist das Staatsministerium bereit, mit der Reichsbahn darüber zu verhandeln, daß die genannten Vergünstigungen auch auf die Bewohner des flachen Landes ausgedehnt werden?

Ausbau des Deutschen Rundfunksendernetzes. Veranlaßt durch den Bau starker Großrundfunksender im benachbarten Ausland hat die Deutsche Reichspost sich manmehr nach Fertigstellung des ersten deutschen Großrundfunksenders in Mühlacker entschlossen, ihren ursprünglichen Plan der Errichtung von neun Großsendern durchzuführen und außer den bereits fertiggestellten bzw. in Angriff genommenen Großsendern Mühlacker, Heilsberg (Ostpr.) und Langenberg (Rheinl.) mit möglicher Beschleunigung noch je einen Großrundfunksender im Bereich der Schlesischen Funkstunde A. O., Breslau, Mitteldeutschen Rundfunk A. O., Leipzig, Funkstunde A. O., Berlin, Norddeutschen Rundfunk A. O., Hamburg und der Deutschen Stunde in Bayern G. m. b. H., München, zu errichten. Ferner soll der Bezirksender der Südwestdeutschen Rundfunk A. O., Frankfurt (Main) wesentlich verstärkt werden. Die Großsender werden die bisherigen Bezirksender ersetzen und deren Welle übernehmen; ihre Aufstellung wird daher in der Nähe der bisherigen Bezirksender erfolgen.

Anschlag auf das Gericht. Zu einem ungewöhnlichen Zwischenfall kam es vor dem Schwurgericht Stuttgart, wo

Des Weibes Waffen.

Original-Roman von Elisabeth Vorchart.

Da hatte sie sich schon gefaßt, beugte sich zu ihm herab und bot ihm die Lippen zum Kuß.
Er schüttelte den Kopf:
„Nein — nicht so. Die Arme mußt du dazu um meinen Hals legen.“
„Qualgeist.“
Und plötzlich schlang sie die Arme um seinen Hals und küßte ihn.
Er hielt sie mit beiden Armen umfassen, und eine leidenschaftliche Seligkeit bemächtigte sich seiner. Endlich jubelte es in ihm. Auch Jutta ruhte sekundenlang wie selbstvergessen an seiner Brust, dann richtete sie sich hastig auf: „Wenn man euch Männern den kleinen Finger reicht, nehmt ihr gleich die ganze Hand.“ grollte sie.
„Wie der Teufel.“ seufzte er vergnügt hinzu, und sein heiß aufglimmender Blick umfing ihre ganze Gestalt: „Mit diesem Kuß hast du mir deine Seele verschrieben, Jutta.“
Es ging wie ein Zittern durch sie. Sie wandte ihr erglühendes Gesicht ab und begann am Tisch allerlei zu ordnen. Nach wenigen Minuten hatte sie ihre Schwäche überwunden und war wieder die kühle, stolze Herrin, die über ihren wichtigeren Gutsangelegenheiten solche unwichtigen kleinen Zwischenaktzen als unwesentlich beiseite schiebt und vergißt. Doch in Wolf Dietrich war die Hoffnung neu aufgelaubt.
Die Erntearbeiten waren in vollem Gange. Im Schweiß ihres Angesichts schwebten die Schnitter ihre

Senfen, und das reife Korn sank getroffen zu Boden. Mädchen mit hellen Kopfstüchern banden die Garben.

Alles und alle standen im Zeichen der Ernte. Jeder einzelne hatte alle Hände voll zu tun, in Feld und Wirtschaft.

Jutta führte die Oberaufsicht; sie war bald hier, bald dort, um nach dem Rechten zu sehen, und alle ihre Gedanken und Kräfte waren in Anspruch genommen.

Heute war ein besonders schwerer Tag, denn die Sonne schien heiß und sengend. Drückend und schwül war die Luft, und es hieß alle Kräfte zusammennehmen, um so viel als möglich vor dem Ausbruch eines Gewitters zu schaffen.

Jutta war vom Pferde gestiegen, hatte sich auf einen Stein nahe am Feldrain gesetzt und den großen Strohhut tiefer in die Stirn gezogen. Ihr Inspektor Rudolf bewachte die Arbeiter auf dem entfernten Vorwerk, und Wolf Dietrich hatte sie zu dem Roggenfelde, das an den Grobhagener Wald stieß, gesandt. So war die Arbeit verteilt, und jeder hatte seine Aufgabe. Natürlich hatte sie sich wie immer das schwerste erwählt. Das größte Hauptfeld zeigte weder einzelne Bäume noch Wald in der Nähe. Sie war den brennenden Sonnenstrahlen ausgesetzt. Dieter konnte sich in den nahen Wald flüchten, wenn es ihm zu heiß wurde.

Ihre Gedanken flogen jetzt zu ihm. Er hatte sein Versprechen gehalten und war die ganze Zeit nicht in Rabenau gewesen, sondern immer fleißig auf dem Posten. Sie hatte ihm dafür noch kein besonderes gutes Wort gegeben, geschweige denn überhaupt mehr als durchaus notwendig mit ihm gesprochen.

Und plötzlich ergriff sie ein Sehnen nach seiner Gegenwart und nach einem freundlichen Wort von ihm. Sie

schalt sich zwar töricht und kindisch, aber das Gefühl war so stark in ihr, daß sie ihm nachgeben mußte.

In einiger Entfernung hielt ein halbwüchsiger Bauernburche ihr Pferd am Zügel. Sie rief ihn mit einem Pfiff zu sich und bestieg das Pferd. Eine Weile konnten die Leute auch ohne sie unter der Aufsicht des Grobnechts arbeiten, und sie waren es gewohnt, daß sie, je nach ihrem Willen kam und ging. Der Arbeit tat es wohl keinen Abbruch; sie fühlten sich trotzdem unter Aufsicht, konnten sie doch jeden Augenblick von ihr überrascht werden. So rechtsfertigte sie ihr Tun vor sich selbst und ritt langsam davon. Ihre Gedanken eilten voraus. Was Dieter wohl für Augen machen würde, wenn er sie sah! Ob er wieder denken würde, daß sie nur Kontrolle ausüben wollte über ihn? Nein, das wollte sie doch nicht. Ihre Beweggründe konnte sie ihm freilich nicht nennen, er würde sie ihr wahrscheinlich nicht einmal glauben, aber von ihm unbemerkt einmal Zeuge sein, wie er sich als Herr und Landwirt machte, das reizte sie auch. Ihre Gegenwart hatte doch immer etwas Beengendes für ihn. Er fühlte sich ihr gegenüber in seiner Praxis und seinen Kenntnissen noch nicht sicher genug.

Um nicht schon von weitem bemerkt zu werden, wählte sie einen Umweg, der sie durch den Wald führte. Hier war es schattig und nicht so heiß wie auf freiem Felde, und sie konnte schon aus der Ferne das Feld übersehen. Bald hatte sie auch die Stelle erreicht, wo sie durch die Bäume hindurch das weite Kornfeld liegen sah. Die Schnitter waren bei der Arbeit, aber so scharf sie auch ausspähte, von Wolf Dieter war weit und breit nichts zu sehen.

(Fortsetzung folgt.)

sch, wie gestern berichtet, eine Einbrecherbande von Cannstatt wegen schweren Raubs und wegen Einbruchsdiebstählen zu verantworten hatte. Nach der Urteilsverteilung schwang sich der 27 J. a. ledige Hilfsarbeiter Friedrich Ruz von Cannstatt, der zu 5 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus verurteilt war, über die Barriere der Anlagengasse, sprang auf den Richtertisch zu und nahm von dort einen Revolver an sich, den er bei dem Raubüberfall mit sich geführt hatte. Glücklicherweise gelang es dem Aufsichtsbeamten, ihm in den Arm zu fallen, ehe er etwas unternehmen konnte. Zu seiner Ueberwältigung waren zwei Landjäger nötig, da er sich wie wild gebärdete.

Cannstatt, 11. Dez. 600-Jahrfeier. Die Cannstatter Zeitung hat aus Anlaß der 600-Jahrfeier der Stadt Cannstatt ihren Lesern eine bebilderte Festausgabe gewidmet. In ihr schreibt Staatspräsident Dr. Volz: An der 600-Jahrfeier nimmt auch die württembergische Staatsregierung mit herzlichem Glückwünschen Anteil. Das Schicksal von Cannstatt war von jeher aufs engste mit dem des ganzen Landes verbunden. Schon die Verleihung des Stadtrechts an Cannstatt im Jahr 1330 sollte zugleich eine Ehrung für das keine aufstrebende Württemberg sein. Als im Anfang des vorigen Jahrhunderts die Wirtschaft unseres Landes darniederlag, wurde das Landwirtschaftliche Hauptfest in Cannstatt gestiftet, dessen Ruf in alle Welt gedrungen und das als „Cannstatter Volksfest“ zu einem Wahrzeichen schwäbischen Wesens geworden ist.

Aus dem Lande

Waiblingen, 11. Dez. Todesfall. Am Dienstag starb hier im Alter von 68 Jahren Fabrikbesitzer Theodor Kaiser, Inhaber der Firma Fr. Kaiser, Fabrik medic. diätet. Präparate, Waiblingen, Ehrenbürger der Stadtgemeinde Waiblingen.

Heilbronn, 11. Dez. Tagung des Südwestdeutschen Kanalvereins. Vorstand und großer Ausschuss des Südwestdeutschen Kanalvereins hielten hier gestern eine Tagung ab. Professor Dr. Reumann von der Technischen Hochschule in Stuttgart hielt einen Vortrag über die Frage der Landesplanung. Diese Frage hat jetzt Aussicht, verwirklicht zu werden, nachdem die entscheidenden Stellen ihre Zustimmung gegeben haben. Als Ort der nächstjährigen Mitgliederversammlung wurde Ulm gewählt. Ferner wurde beschlossen, im Frühjahr nächsten Jahres eine Besichtigungstour zu den Staustufen der Rhein-Main-Donauverbindung zu unternehmen. Geschäftsführer Stoy erhielt die Ermächtigung zu den notwendigen Sparmaßnahmen. Strombaudirektor König von der Reichsbauverwaltung sprach über die technische und Ministerialrat Dr. Hirsch von der Reichsanstalt über die finanzielle Seite des Kanalplans.

Der Unfriede im Gemeinderat von Schwälgen. Vor dem Schöffengericht hatte sich Gemeindevorsteher Steinle, Gemeinderat in Schwälgen, wegen Beleidigung von Bürgermeister Reunhöffer durch einen im Beilagenboten veröffentlichten Artikel zu verantworten. Er hatte dem Bürgermeister Vergewaltigung und Gewalttätigkeit vorgeworfen, weil ihn dieser von einer Sitzung ausgeschlossen hatte. Vor dem Gericht kam ein Vergleich zustande, wonach Steinle die Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt, eine Buße von 50 Mark für die Anwaltskosten zahlt und die Kosten für die Veröffentlichung des Vergleichs in drei Zeitungen trägt.

Waldenburg O. D., Dehringen, 11. Dez. Ehrung und Ehrengabe. Dem Landratssekretär Friedrich Wessler und Frau aus Hohenau bei Waldenburg wurde das siebte Töchterchen geboren. Aus diesem Anlaß wurde durch die Vermittlung des Bürgermeisters Daun hier von dem württ. Staatspräsidenten den Betreffenden neben Ueberleitung eines Glückwunschschreibens ein ansehnliches Geschenk überreicht, was für die bedürftigen Leute eine Wohltat bedeutet.

Gundershofen O. D., Münsingen, 11. Dez. Bürgermeister Rehm tritt in den Ruhestand. Mit Umlicht und Tatkraft hat Bürgermeister Rehm seiner Gemeinde 45 Jahre lang wertvolle Dienste geleistet. Mit dem Abschluß dieses Jahres will der verdiente Ortsvorsteher nun sein Amt niederlegen und in den Ruhestand treten.

Horb, 11. Dez. Im Gefängnis erhängt aufgefunden. Gestern morgen wurde im hiesigen Gefängnis ein sich in Untersuchungshaft befindlicher Bauarbeiter erhängt aufgefunden. Der Lebensmüde war wegen einer Brandstiftungssache schon einige Tage in Untersuchungshaft.

Westerheim O. D., Geisingen, 11. Dez. Wieder gefunden. Der als vermißt gemeldete Landwirt Johann Käßle, der an Kopfgrrippe erkrankt ist, ist in einer Wirtschaft in Ennabüren aufgegriffen und seinen Angehörigen wieder zugeführt worden. Sein Zustand ist noch besorgniserregend.

Ulm, 11. Dez. Diebereien. Die Polizeidirektion Neu-Ulm hat fünf junge Leute im Alter von 14—16 Jahren festgenommen, die auf der Messe an einem Stand eine größere Anzahl Stachmesser entwendet hatten. Die Burschen sind geständig. — Ein kürzlich aus dem Gefängnis entlassener 23 Jahre alter Schuhmacher mußte wieder festgenommen werden, weil er schon wieder einen Diebstahl begangen hatte und zwar diesmal im Oberamt Nördlingen.

Politische Schlägerei. Vor dem Großen Schöffengericht hatten sich Wilh. Mayer und Paul Kaufmann von Ulm zu verantworten. Sie hatten sich am Wahlsonntag (14. Sept.) an einer Schlägerei zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten beteiligt. Bei Kaufmann verlagte bezüglich der Feststellung seiner Person in der Verhandlung der Hauptzeuge. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Mayer zu 1 Monat 15 Tagen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte wegen Landfriedensbruch 7 Monate und im Fall der Verneinung wegen gefährlicher Körperverletzung 6 Wochen Gefängnis beantragt.

Reineid. Der 32 J. a. verheiratete, aber getrennt lebende Käsehändler Ernst Bächler von Laupheim wurde vor dem Schwurgericht wegen Reineids zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust verurteilt. Auch wurde ihm für dauernd die Befähigung zur Eidesleistung abgesprochen.

Vom Schweinemarkt. In den Tageszeitungen wurde in der letzten Zeit wiederholt die Frage der Verlegung des Schweinemarkts in die neue Markthalle gefordert, da der Markt eine Ruhestörung und Belästigung der Umwohner sei. Die Stadtoberwächter ist der Ansicht, daß der Schweinemarkt für die große Markthalle zu klein und daß die Belästigung nicht so schwerwiegend sei. Seit hundert Jahren werde der Schweinemarkt dort abgehalten. Es wurde beschlossen, vorerst den Markt an seinem alten Platz zu belassen. Würde der Markt verlegt, so müßte der Hausbesitzer sein schönes Sprüchlein beiseite lassen, das er am Haus angebracht hat und das lautet: „Auch auf dem Markt der Säue, herrscht echte deutsche Treue.“

Meilerkingen O. D., Saulgau, 11. Dez. Bei der Ortsvorsteherwahl haben von 124 Wahlberechtigten 123 abgestimmt. Es erhielten Stimmen: Johann Weiß 60, Franz Knoll 49, Hans Müller 14. Weiß gilt somit als gewählt.

Waldsee, 11. Dez. Freudiges Ereignis im Haus Waldburg. Von einem kräftigen gesunden Sohn wurde am Montag die Erbgräfin Adelheid von Waldburg zu Wolfegg-Waldsee entbunden. Der jüngste Sohn ist das fünfte Kind der Erbgräfin und wurde am Dienstag auf den Namen Gebhard Maria Heinrich getauft.

Raensburg, 11. Dez. Der Raubüberfall auf den Postboten aufgeklärt. Einen unerwarteten Ausgang nahm die Untersuchung des Raubüberfalls bei Bittenreute, wo bekanntlich der Landpostbote Josef Koll angeblich von zwei Männern überfallen und beraubt worden sein sollte. Jetzt hat es sich herausgestellt, daß Koll den Ueberfall vorgetäuscht hat. Der Grund zu dieser Tat des bisher unbekanntenen Mannes dürfte in schlechten finanziellen Vermögensverhältnissen zu suchen sein. Der 20jährige Sohn soll dem im 60. Lebensjahr stehenden Mann viel Sorge bereitet haben. Koll wurde am Mittwoch abend in das Raensburger Gerichtsgesängnis eingeliefert.

Lokales.

Wildbad, den 12. Dezember 1930.

Liederkranz-Weihnachtsfeier. Wie wir erfahren, findet die Weihnachtsfeier des Liederkranzes am 2. Weihnachtstages den 26. Dezember in der Turn- und Festhalle statt. Der Verein wird sich diesmal besonders bemühen, seinen Mitgliedern ein ausgewähltes Programm zu bieten, schon im Hinblick darauf, daß heuer nur diese eine größere Weihnachtsfeier abgehalten wird.

Erleichterung der Druckkostenverrechnung. Das Reichspostministerium teilt mit: Zugunsten der Werbung für den Warenmarkt hat die Deutsche Reichspost mit sofortiger Wirkung die Verrechnung von Druckkosten mit anhängender Antwortkarte zu der ermäßigten Gebühr von 3 Pf. wesentlich erleichtert. Die Freimachung einer Druckkostenverrechnung mit einer 3-Pf.-Marke ist künftig auch dann zulässig, wenn die Antwortkarte neben den üblichen Aufdrucken zur Vorbereitung der Antwort noch sonstige Aufdrücke des Ablesers der Doppelkarte enthält. Die Antwortkarte steht jetzt also bis auf die für die Anschrift bestimmte rechte Hälfte der Vorderseite und bis auf den für die Antwort vorgezeichneten Teil restlos für Werbeaufdrücke zur Verfügung. Die 5-Pfennig-Gebühr bleibt nur für solche Druckkostenverrechnungen bestehen, deren anhängender Teil keine Antwortkarte darstellt, sondern lediglich gedruckte Mitteilungen an den Empfänger enthält.

Schädliche Reklame. Endlich kommt die Einsicht auch bei denen selbst, die Reklame machen, daß sie mehr schaden als nützen und zwar sich selbst und der Heimat durch Häufung von Plakaten in der Stadt und besonders in der Landschaft. Einem Rundschreiben der deutschen Tankstellenbesitzer (Sitz Heidelberg) entnehmen wir die begrüßenswerten Warnungen: „Hinsichtlich der Qualitäten der Treibstoffe wird bei uns ein Värm gemacht, der doch eigentlich gar nicht notwendig ist. Die Marken der einzelnen Gesellschaften unterscheiden sich untereinander um so weniger, als die Konventionspartner je nach der Frachtsituation ziemlich genau die gleichen Provenienzen bevorzugen. — Mit einem Wort, es kommt vor, daß je nach Lage und Bedarf alle aus einem Kessel gespeist werden. Dies hindert die Gesellschaften aber nicht im geringsten daran, für ihre Waren unter ungeheurem Personal- und Materialaufwand auf allen Strecken eine volkswirtschaftlich völlig überflüssige Reklame zu betreiben. Noch nie hat in deutschen Gauen die Verschandelung der Ortsbilder durch die Treibstoffreklame so Platz gegriffen als zur Zeit. Auch hier wäre es angezeigt, wenn die Regierung endlich eingriffe, um nicht ganz Deutschland zu „Londoner Bahnhöfen“ zu machen. — Dem Verein Badische Heimat gebührt das Verdienst, rechtzeitig auf die schweren Schäden hingewiesen zu haben in Wort und Schrift und Bild. Man hat diese Warnungen in Karlsruhe lange überhört. Jetzt, da die durch ihre eigene Reklame schwer geschädigten Wirtschaftsverbände die Regierung um Hilfe anrufen, wirds jetzt bald besser werden? Kürzlich hat schon der Rheinische Verkehrsverband die Regierungspräsidenten von Koblenz, Trier und Aachen aufgefordert, gegen die immer schlimmer werdende Verunstaltung der rheinischen Landschaft im Reisegebiet einzuschreiten, da sie sich zu einem schweren wirtschaftlichen Schaden auswachsen. Es wird Zeit, daß sich die Verkehrs- und Wanderer-Bereine des Schwarzwaldes in allen Orten ihrer Pflicht besinnen, Natur und Heimat zu schützen und die Wirtschaftsverbände sich des Schadens besinnen, den sie sich selbst anrichten, wenn sie jedes Einzelmitglied sich schrankenlos aus-

toben lassen mit wilder Plakatiererei im Orts- und Landschaftsbild.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Noch keine Nachricht von der deutschen Grönlandexpedition. Wie mitgeteilt wird, beruht die private Hamburger Nachricht über die deutsche Grönlandexpedition auf einem Irrtum. Das in dieser Meldung erwähnte Telegramm ist nicht von der Funkstation der Expedition ausgegangen, sondern von dem inzwischen in Kopenhagen eingetroffenen Inspektor der Expedition, Schiff von Bord des Dampfers „Disco“ ausgegeben. Von der Expedition unmittelbar ist bisher keine Nachricht eingegangen.

Verhinderung einer Zwangsversteigerung. In Lohow (Kreis Greifswald in Pommern) sollte wegen rückständiger Steuern das ganze lebende und tote Inventar des Bauern Dinsje versteigert werden. Neben verschiedenen Händlern hatten sich auch über 100 Bauern aus dem Dorf und der Umgebung eingefunden, die die Versteigerung gewaltsam verhinderten.

Dammrutsch an der Zugstrecke Offenburg—Freiburg. Infolge der starken Niederschläge der letzten Zeit ist ein großes Stück des Bahndammes zwischen Zähringen und Gundelfingen (Baden) in Stärke von mehreren hundert Kubikmetern ins Rutschen gekommen. Der Zugverkehr kann während der Instandsetzungsarbeiten nur eingleisig durchgeführt werden.

Untererschlagungen in Bayreuth. Bei der Bayerischen Elektrizitätsgesellschaft in Bayreuth wurden Untererschlagungen im Betrag von 100 bis 150 000 Mark festgestellt. Der kaufmännische und der technische Direktor, sowie einige Betriebsleiter wurden sofort entlassen und die Staatsanwaltschaft hat einige Verhaftungen verfügt. Ein Betriebsleiter hat sich erschossen.

In der Verwaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Breslau wurden nach bisheriger Feststellung seit einigen Jahren etwa 200 000 Mark durch zwei Abteilungsleiter, die verhaftet wurden, unterschlagen. Den Direktoren wird der Vorwurf gemacht, daß sie es durchaus an der nötigen Aufsicht fehlen ließen.

Deutscher Dampfer gestrandet. Nach einer Floßmeldung ist der dem Norddeutschen Floß gehörende Dampfer „Schlesien“, der von Bremen und Rotterdam nach Moji unterwegs war, auf der Westseite der Vinschoten-Strasse (Rifuido) in der Nähe der japanischen Amabashi-Insel gestrandet. Für die Besatzung besteht keine Gefahr.

Vermisster Flieger aufgefunden. Fast zwei Monate lang hatten kanadische und amerikanische Flugzeuge die vermissten Flieger Burke, Rading und Marten, die seit Anfang Oktober im Felsengebirge verschollen waren, gesucht. Nun wird gemeldet, daß Rading und Martens völlig erschöpft in den öden Gebieten des Nordens in einem Lager neben der Leiche Burkes gefunden wurden. Von den Fliegern, die die Suche nach den Vermissten ausgenommen hatten, sind seit Ende Oktober ebenfalls 3 verschollen.

Steinzeitfunde bei Köln. An der Dürener Landstraße bei Köln wurde dieser Tage eine Steinzeitfiedlung im Umfang von bis jetzt 250 Meter im Geviert freigelegt. Es wurden zahlreiche Grundrisse von Hütten, Wohn- und Arbeitsgruben, ein großer Graben und eine Ballisadenbefestigung entdeckt. Unter den Funden, die aus der Zeit von 3000 bis etwa 2000 v. Chr. stammen, sind Reste von Steinbeilen, dem damals üblichen Handwerkzeug, Feuersteinmesser, Hentel von Vorratskrügen, Handmühlen zum Getreidemahlen, Scherben von verzierten Tongefäßen u. a.

Untererschlagung. Der Kassierer eines „Spar- und Vergnügungsclubs“ in Hamburg wurde wegen Unterschlagung von 13 000 Mark verhaftet.

Ueber 100 Tote im Maatal. Die Meinung der Sachverständigen geht dahin, daß eine tödliche Wirkung des Nebels an sich ausgeschlossen sei; der Nebel müsse Giftgase enthalten haben. Einestells spricht man von einer bisher geheimgehaltenen Explosion eines Ammoniak-Behälters in einer chemischen Fabrik, andere glauben, daß nur Lager von Kriegsgas eine solche Wirkung haben könne. Man weiß noch nicht, wie viele Menschen gestorben sind, aber jedenfalls wird die Zahl 100 überschritten.

Schiffsbrand. In dem englischen Hafen von Blyth ist der zur Abtastelung bestimmte 25 000 Tonnen große bisherige Reise-dampfer „Empress of Scotland“ durch eine Feuersbrunst zerstört worden.

Wegen Kindsmordes eine Familie festgenommen. In Ichenheim (Baden) wurde ein 39 J. a. Zigarrenmacher, seine 43 J. a. Ehefrau, der 23 J. a. Bruder des erstere und die 21jährige Tochter der Eheleute festgenommen und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Die Untersuchung förderte ein Sittenbild schlimmster Art zutage. Es kommt auch Kindsmord in zwei Fällen in Betracht; der eine verübt im Jahr 1928, und der andere im November d. J. Im letzteren Fall wurde die Kindstotgeburt in der Abortgrube des von den Leuten bewohnten Anwesens gefunden.

Substoffs Ende. Der ehemalige Gemahl der verstorbenen Prinzessin Viktoria, Alexander Subhoff, der in einem Hotel in Luxemburg als Zellerpuher beschäftigt ist, zeigte nach dem „Petit Parisien“ Anzeichen von Geistesgestörung. Er soll in eine Irrenanstalt verbracht werden.

Gewölbeeinsturz in einer Kirche. Am Montag stürzte aus noch unbekannter Ursache ein Teil des Gewölbes der Pfarrkirche in Stadthorn (Westfalen) ein. Durch die herunterfallenden Stücke, die zum Teil mehr als einen Zentner wogen, wurde eine Anzahl Kirchenbänke zertrümmert. Da gerade kein Gottesdienst stattfand, befanden sich nur wenige Personen in der Kirche. Drei von ihnen wurden verletzt, davon eine schwer. Die Kirche wurde gesperrt. Die Ursache des Einsturzes ist noch unbekannt.

Zu Weihnachten... ein feiner Kalbsbraten!

... herrlich duftend und schmackhaft — ohne großen Aufwand — wird er mit reiner Rama Margarine.

Rama
im Blauband



...denn sie brät gut!



Nachricht von der deutschen Grönlandexpedition. In Hamburg ist bei einem Privatmann ein Telegramm von einem Teilnehmer der deutschen Grönlandexpedition eingetroffen. Das Telegramm ist aufgegeben von der Weststation am 2. Dezember. Demnach dürften die Befürchtungen über das Schicksal der Expedition erfreulicherweise unbegründet sein.

Mädchenhandel in London. In London sind in letzter Zeit viele Mädchen spurlos verschwunden. Die Polizei hat nun ermittelt, daß sie ausnahmslos internationalen Mädchenhändlern in die Hände gefallen sind. Es wurde eine strenge Ueberwachung aller Seeschiffe, besonders der kleineren, angeordnet.

Richter Lindsey vor Gericht. Vor einiger Zeit hat der New Yorker Richter Lindsey ein Buch veröffentlicht, in dem die Kameradschaftliche empfohlen wurde. Als nun am letzten Sonntag der anglikanische Bischof Dr. Manning in der anglikanischen St. James-Kathedrale in seiner Predigt das Buch scharf angriff, erhob sich der in der Kirche anwesende Richter Lindsey und erhob während des Gottesdienstes Widerspruch gegen die Predigt. Lindsey wurde von den anwesenden Kirchenbesuchern mit Gewalt auf die Straße gestoßen. Er wird sich am Freitag vor Gericht wegen Störung des Gottesdienstes zu verantworten haben.

Flugzeugunglück in China. Das Postflugzeug Schanghai-Nanking stieß beim Abflug gegen den Mast einer Dschunke und zerschellte am Ufer. Beide Führer, ein Amerikaner und ein Chinese, waren sofort tot. Von den Fahrgästen kam eine Russin ums Leben, während fünf andere, darunter der Oberbefehlshaber der Schanghai Garnison General Hsiungshihui, schwere Verletzungen erlitten.

Was schenken Sie?

Auf alle Fälle etwas Praktisches! Richten Sie dabei Ihr Augenmerk auf die Erzeugnisse gediegener Handwerkskunst, die jedem geschmackvoll eingerichteten Heim eine besondere Note verleihen. Handwerksarbeit ist Qualitätsarbeit! Sie überdauert billige Massenware und macht Ihnen jahrelang Freude.

Handel und Verkehr

Der Schiedspruch im Bankgewerbe

In dem Tarifstreit der Bankangestellten hat die Schlichterkammer folgenden Schiedspruch gefällt: Der zum 31. Dezember 1930 ablaufende Reichstarifvertrag wird ab 1. Januar 1931 mit folgenden Änderungen verlängert:

1. Die Mindest-Monatselkommen aller derjenigen Angestellten und Arbeiter, bei denen Aufzählungen nach Geburts-, Berufs- oder Dienstjahren für den 1. Januar 1931 vorgehene sind, erfahren während der Dauer dieses Tarifvertrags die vorgehene Aufzählung in die nächste Gehaltsstufe nicht. Die Gehälter der Angestellten und Arbeiter (Aushilfskräfte) werden um 5 Prozent gekürzt. Die sozialen Zulagen bleiben in der bisherigen Höhe bestehen.
2. In der Regel soll der Urlaub zwischen dem 1. April und dem 31. Oktober liegen. Wird der Urlaub auf Verlangen des Arbeitgebers in vollem Umfang außerhalb dieser Zeit genommen, so erhöht er sich um 3 Tage.
3. Dieser Reichstarifvertrag und die Gehaltsregelung treten mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ab in Kraft und laufen bis zum 31. Dezember 1931.

Die Breslauer Metallarbeiter haben den Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums, wonach die Akkorderdienste um 7,5 Proz. und die Lohnsätze um 5 Proz. gekürzt werden sollten, abgelehnt.

Berliner Dollarkurs, 11. Dez. 4,186 B., 4,194 B.

Dt. Abl.-Anl. 51,50.

Dt. Abl.-Anl. ohne Ausl. 5,50.

Berliner Geldmarkt, 11. Dez. Tagesgeld 4-6 v. S.

Privateiskont 4,75 v. S. kurz und lang.

Ermäßigung der Hanfpreise. Der Verband deutscher Hanf-industrieller G.m.b.H. hat nach der letzten Preisermäßigung im September um etwa 7 Prozent einen neuen Preisabbau um durchschnittlich etwa 5 Prozent vorgenommen.

Ermäßigung der süddeutschen Zinkblechpreise. Die Süddeutsche Zinkblechhändlervereinigung hat mit Wirkung ab 10. d. Mts. ihre Preise um 1,75 Prozent ermäßigt, nachdem sie am 4. d. Mts. bereits um 1,5 Prozent herabgesetzt worden waren.

Benzinverbilligung. Die Martenbetriebsstoffabriken haben den Benzinpreis für Bayern, Württemberg und einige andere Gebiete von 37 auf 36 Pfg. ermäßigt.

Haftpflichtversicherungszwang der Kraftfahrzeughalter? Auf Grund einer Rundfrage der Reichsregierung haben sich die Länderregierungen in ihrer Mehrheit für den Haftpflichtversicherungszwang der Kraftfahrzeughalter eingeleitet. Entsprechende Vorschläge werden den Ländern demnächst vom Reichsverkehrsminister unterbreitet werden.

Der A.R. der Ulmer Brauerei-Gesellschaft Ulm a. D. beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 6 Prozent auf die Vorzugsaktien Lit. A und 10 Proz. auf die Vorzugsaktien Lit. B vorzuschlagen. Die Stammaktien sollen 6 (i. B. 7) Prozent erhalten.

Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke A.-G. (R.W.E.) Essen wird zwecks Uebernahme der verunglückten Westf. Elektrizitätswerke Dortmund 37 Mill. RM. neue Inhaberkonten schaffen.

Es geht nichts

über ein schön geputztes Heim, wenn an den Feiertagen alles strahlt. Dazu gehört selbstverständlich, daß Sie Ihren Holzboden wieder mit KINESSA-Holz Balsam behandeln. Er wird wie Bohnerwachs gleichmäßig aufgetragen und verleiht dem Boden Anstrich und Hochglanz in einem Arbeitsgange für nur 4/1.25 mit einer Pfunddose



KINESSA
HOLZ-BALSAM

Eberhard-Drogerie K. Plappert, Apotheker.

Geschäfts-Eröffnung

Den titl. Einwohnern von Wildbad zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich

ab Samstag den 13. Dezember einen Gemüsehandel

eröffne. Durch günstige Abnahme bin ich in der Lage, eine prima Ware zu liefern.

Der Not der Zeit entsprechend habe ich mich entschlossen, äußerst billig zu verkaufen. Folgende Preise werden Sie von meiner Leistungsfähigkeit überzeugen:

Rotkraut 10 Pf., Wirsing 10 Pf., Spinat 20 Pf., das Pfund, Endivienalat 8 bis 10 Pf., das Stück, sowie sämtliche anderen Gemüse zu billigen Preisen. Samstags wird geschnittenes Rotkraut abgegeben, das Pfund zu 12 Pf.

Der Verkauf erfolgt vorläufig nur vormittags, Samstags den ganzen Tag.

Ich bitte die verehrlichen Einwohner, mein Unternehmen zu unterstützen.

Hochachtungsvoll

Robert Stirner

Verkaufsort am St. oberhalb „Anker“ (Schreiner Schmid).

Pelze Mäntel Besätze Frauenkragen usw.

finden Sie in unerreicht großer Auswahl, bester Qualität, zu bekannt billigen Preisen im Pforzheimer

Pelzspezialhaus A. u. H. Hilb,

Metzgerstraße 21, Pforzheim

Umänderungen fachmännisch und billig, Zahlungsleichtg. gestattet.



Radfahrer-Berein Schwarzwald Wildbad e.V.

Sonntag mittag 2 Uhr

Bersammlung

anschließend

gemütl. Beisammensein

bei Herrn Rieginger, Sommerberg. Zahlreiche Beteiligung der passiven und aktiven Mitglieder mit ihren Damen erwartet

Der Vorstand.

Eine **kleine** Anzeig zu Weihnachten ist besser als keine

Prima Hammelfleisch bei KRAUSS, neben der Drogerie.

6- bis 8-Zimmer-Wohnung eventuell zwei Stockwerke für sofort zu mieten gesucht. Offerten unter K. 289 an die Tagblattgeschäftsstelle erbeten.

Wintersportverein Wildbad. Wanderung.

Der Verein beabsichtigt, am Sonntag, 14. Dezember eine Wanderung über Enachmühle nach Döbel zu machen. Anmeldungen bis Samstag abend im Sporthaus Sixt.

Gymnastik.

Für Herren und Jugendliche findet jeden Dienstag abend Gymnastik in der „Alten Linde“ statt. Anmeldungen bis Montag, 15. Dez., im Sporthaus Sixt. 1 Vorstand: Burz

„Gasthaus zum Anker“



Samstag und Sonntag **Mehlsuppe**

wozu freundlichst einladet Paul Jaug.

Qualitäts-Bäckartikel

Siehe noch einige prima **Kanarienschöckelholztrollen** abzugeben, ebenso bestes Futter für Kanariengüthler alt.

Das schönste Weihnachtsgeschenk ist ein Vogel!

Große Auswahl lebender Vögel Kanarienhähnen von RM. 6.- an Vogelkäfige, rein Messing von RM. 8.00 an Vogelkäfige, verzinkt von RM. 2.20 an Käfigtänder von RM. 7.35 an Christbaumtänder von RM. 0.90 an

Hugo Häbe, Stuttgart Eberhardstr. 55

Größtes und ältestes Spezialgeschäft Württembergs in Vogelkäfigen.

Versand nach auswärts.

find die Grundbedingungen eines schmuckhaften Weihnachtsgebäcks

„Phankogold“ das Konfektmehl 5 Pfund-Beutel 1.50 2 Pfund-Beutel 60

Unser Mehl wird vor dem Abpacken mit modernsten Spezialmaschinen nochmals gelockert, gereinigt und gesiebt und ist dadurch bedeutend ausgiebiger und backfähiger.

Feinstes Auszugmehl 5 Pfund-Beutel 1.45

Neue Mandeln 1.30

Neue Haselnußkern 1.00

Frische Kokosflocken 50

Neues Zitronat und Orangeat Sultaninen, Rosinen

Margarine 50 Pflanzenfett 45

Garantiert reines Schweineschmalz

Sand- u. Puderzucker Hagel- u. Streuzucker Bienenhonig

Kunsthonig, Oblaten alle Backgewürze Frische Zitronen

Auf alles 5% Rabatt

Unser Geschäft ist am Sonntag von 1 bis 6 Uhr geöffnet.

Pfannkuch

Felle aller Art, wie Fische, Wader, Stiffe, Federn, Kanin usw.

kauf zu höchsten Tagespreisen Jellhandlung A. u. H. Hilb, Pforzheim, Metzgerstraße 21.

Schreibmaschinen nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei **GESCHW. FLUM** Buch- und Papierhandlung.

Grosser Weihnachts-Verkauf

zu dem Preisabbau entsprechenden billigsten Preisen!

Kleiderstoffe Mantelstoffe	Selbststoffe glatt und gemustert	Kleidersamte Waschsamte
Damen-Wäsche Seide- und Trikotwäsche	Weiß und farbige Taschentücher für Kinder Damen und Herren	Bettücher Kissenbezüge Bettdamaste
Tischdecken Tischtücher Servietten	Frottierwäsche Badeanzüge Bademäntel	Teegedecke Handtücher Gläsertücher

Wolldecken Kamelhaardecken Sämtliche Berufskleidung für alle Gewerbe

Kaufhaus **SOMMER**

Westl. Karl-Friedrichstraße 27 Pforzheim Gegenüber dem Schauspielhaus